

Die Premiere ist gelungen

Gemeinderätliches Wiedererwägungsgesuch zum Stadttheater hat Erfolg

Der Gemeinderat muss dem Stadtrat nun doch keine Varianten zur Rechtsform des Stadttheaters vorlegen. Die Motion Lanz/von Flüe wurde im zweiten Anlauf abgelehnt. Die Stadtregierung musste aber harsche Kritik einstecken.

OLIVIER ANDRES

Gerne hätte er über Resultate seiner gemeinsam mit Rudolf Lanz (FDP) eingereichten und am 18. Mai vom Stadtrat überwiesenen Motion diskutiert. Diese forderte den Gemeinderat auf, bis Ende 2009 Varianten zur Rechtsform des Stadttheaters mit einem entsprechenden Antrag vorzulegen (wir berichteten). Doch stattdessen musste Hanspeter von Flüe (SP) am Montag zu einem Wiedererwägungsgesuch des Gemeinderates Stellung beziehen. Dieser bat das Parlament, auf seinen Entscheid zurückzukommen und die Motion abzulehnen.

Schlechtes Zeugnis für Gemeinderat

Obwohl dieses Vorgehen, wie Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP) erwähnte, nicht der «absoluten Konvention» entspricht und aus der näheren Vergangenheit kein ähnlicher Fall bekannt ist, konnte der Gemeinderat einen Erfolg verbuchen: Der Wiedererwägung wurde mit 16 Ja- zu 4 Nein-Stimmen bei 16 Enthaltungen zugestimmt. Mit 5 Ja- zu 17 Nein-Stimmen bei 14 Enthaltungen wurde die Motion anschliessend abgelehnt. Möglich machten dieses Resultat die SP/GL- und Teile der FDP/IL-Fraktion, die sich der Stimme enthielten. Die SP/GL-Fraktion wolle damit einen «lösungsorientierten Beitrag zu der «verchachtelten» Si-



STAPI RUFENER Musste Kritik einstecken. FELIX GERBER

tuation liefern», sagte deren Sprecher von Flüe. Denn inzwischen sei zu viel Zeit verloren gegangen, «das macht die Erfüllung der Motion illusorisch».

Für sein Vorgehen erntete der Gemeinderat zum Teil harsche Kritik. «Wo ein Wille ist, ist normalerweise auch ein Weg», hielt etwa Florinda Wallkamm namens der FDP/IL-Fraktion fest und betonte, dass in einer Demokratie auch unliebsame Entscheide akzeptiert werden müssten. «Der Wille zur Erfüllung der Motion fehlte», sagte auch Rudolf Lanz. «Als Parlamentarier fühle ich mich nicht ernst genommen.» Denn es sei demokratisch und Ausdruck der Aufsichtsfunktion des Parlaments, wenn dieses Mehrauskünfte zu einer Sache verlange. «In diesem Geschäft stelle ich dem Gemeinderat ein schlech-

tes Zeugnis aus», so Lanz. Anstatt die Motion umzusetzen, seien zuerst juristische Gründe für deren Ungültigkeit gesucht und anschliessend eine Wiedererwägung beantragt worden.

Rufener: «Keine Rechthaberei»

Beim Wunsch nach einer erneuten Beurteilung der Motion gehe es nicht um «Uneinsichtigkeit oder Rechthaberei», sagte Rufener. Vielmehr sehe der Gemeinderat die Beurteilung der Rechtsform des Theaters als «nicht prioritär» an. Stattdessen gehe es nun darum, das Gebäude so schnell wie möglich zu sanieren – ein Vorhaben, das sämtliche Fraktionen unterstützen. Mit einer vorgängigen, von der Motion Lanz/von Flüe geforderten Überprüfung der Rechtsform würde diese

Renovation aber um Jahre hinausgezögert, warnte Rufener. Gleichzeitig gab er zu: «Die Kommunikation ist dem Gemeinderat nicht optimal gelungen.» So seien die Gründe für die Entscheidung, das Theater unter der Regie der Stadt zu sanieren, nicht ausreichend bekannt gemacht worden. Dies holte die Stadtregierung mit einer mehrseitigen schriftlichen Begründung nun nach. Darin wird betont, dass die Prüfung der Rechtsform des Theaters nicht ausgesetzt werde. Diese Diskussion werde jedoch erst während oder nach dessen Sanierung erfolgen.

Unterstützung erhielt Rufener von der SVP- und der EVP/GLP-Fraktion, die sich nach wie vor gegen die Motion aussprachen. «Die SP/GL-Fraktion ist enttäuscht vom Gemeinderat», sagte dagegen von Flüe. «Dieser hat sich auf die Bekämpfung der Motion und nicht auf deren Erfüllung fokussiert.» Erneut habe der Gemeinderat zudem darauf verzichtet, rechtzeitig zu kommunizieren. So habe etwa das Gespräch mit den Motionären erst nach Beschluss des Wiedererwägungsgesuchs stattgefunden. Namens seiner Fraktion reichte von Flüe daher eine parlamentarische Erklärung ein, die den Gemeinderat auffordert, in Zusammenhang mit der Renovation des Theaters gewisse Grundätze zu beachten und Massnahmen zu treffen. Damit solle nicht zuletzt eine «offene, zeitgerechte und proaktive Kommunikation» ermöglicht werden.

Den Wuhrplatz bis 2011 umgestalten

«Was lange währt, wird endlich gut», sagte Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP) am Montag, 20. Jahre der ersten Idee fand die Umgestaltung des Wuhrplatzes im Stadtrat ihren politischen Abschluss. Einstimmig genehmigte das Parlament das Projekt und bewilligte die erforderlichen Kredite von total 3,79 Millionen Franken. Das Ziel sei es, den umgestalteten Wuhrplatz im Spätsommer 2011 einzuweihen, so Rufener. Sämtliche Fraktionssprecher zeigten sich erfreut über die Umsetzung des Projekts. «Damit wird ein wichtiger Teil der Stadtentwicklung abgeschlossen», sagte Markus Bösiger (FDP). Nadine Masshardt (SP) wertete es als positiv, dass für die

Pflasterung des Platzes – diese führe zu einer «Piazzastimmung» – einheimische Steine verwendet würden. Mit der Wuhrplatz-Umgestaltung und der privaten Überbauung Wuhr (wir berichteten) fallen Parkplätze weg. Diese sollen durch die Erweiterung der Parkierungsanlage zwischen Wuhrplatz und «Alte Mühle» ersetzt werden. Das Projekt beinhaltet 90 Parkplätze, die unter einem «Baumdach» liegen. Mit 31 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen genehmigte der Stadtrat das Projekt und bewilligte Kredite in der Höhe von etwa 1,43 Millionen Franken. Die Beschlüsse zur Wuhrplatz-Umgestaltung und zur Parkierungsanlage unterliegen dem fakultativen Referendum. (OAW)

Günstige, aber keine billigen Schnäppchen

Am Samstag findet im Zentrum zum 9. Mal Schnäpplimärkt und Brocante statt – mit einer attraktiven Tombola

Wiederum locken gegen 100 Marktstände am Samstag zum Schlemmer durch die Innenstadt – die Stadtvereingung organisiert den Schnäpplimärkt.

Es sei ein Markt mit «drei in einem», sagte Ursi Schmucker an der gestrigen Presseorientierung zum Schnäpplimärkt/Brocante. Was das Vorstandsmitglied der Stadtvereingung Langenthal (SVL) damit meinte: «Am Morgen findet wie gewohnt in der oberen

Marktgasse der Gemüsemarkt statt. Ab 9 Uhr bis 17 Uhr stehen in der Marktgasse und Richtung Manor und Coop zudem etwa 100 Stände mit Schnäppchen und Brocante-Artikel bereit.» Früher sei der Schnäpplimärkt ein Ausverkauf gewesen, so Schmucker. Und heute? «Unser Motto heisst «günstig, aber nicht billig.»

Rolf Geiger, in der SVL zusammen mit Schmucker für den Märkt verantwortlich, erinnerte sich: «In den vergangenen beiden Jahren waren Schnäppli-

märkt und Brocante sehr gut besucht. Natürlich war jeweils auch das Wetter toll.» Auf den gleichen Erfolg hoffen Schmucker und Geiger auch 2009.

Dazu beitragen soll wie bereits im vergangenen Jahr eine attraktive Tombola. 8000 Lose werden bereits diese Woche in diversen Läden und am Samstag am Märkt verkauft. Als Gewinne locken unter anderem ein Bürostuhl, Kaffeemaschinen oder ein Mountainbike. Hauptgewinn ist ein Auto. Die Gewinnerin oder der Gewinner

darf ein Jahr lang gratis einen Erdgasbetriebenen Opel Zafira fahren. Dies sei nur dank der grosszügigen Hauptsponsoren Auto Studer AG, Mobilar Versicherungen und Industrielle Betriebe Langenthal möglich, sagte SVL-Präsident Daniel Bader. Denn: Auto, Erdgas und Versicherung werden von den Sponsoren bezahlt. «Diese Unterstützung ist in der jetzigen Zeit nicht selbstverständlich», so Bader. Der Gewinn aus der Tombola investiert die SVL in die «Stärne Wiehnacht». (TG)

Stadt will mehr Einfluss nehmen

Lehren aus gescheitertem Agglo-Programm ziehen

Das beim Bund gescheiterte Agglomerationsprogramm Langenthal (wir berichteten mehrfach) warf im Stadtrat keine hohen Wellen mehr, obwohl Daniel Steiner (EVP) mittels Interpellation die Gründe für das Scheitern und deren Auswirkungen für die Stadt geklärt haben wollte. Stadtpräsident Thomas Rufener erklärte in der Antwort des Gemeinderates, man habe sich beim zuständigen Bundesamt erkundigt. «Es wurde uns mitgeteilt: Das Agglomerationsprogramm Langenthal habe eine zu wenig überzeugende planerische Konsistenz aufgewiesen.» Auch habe dem Konzept eine gewisse Begeisterung für die Region gefehlt, teilte er weiter mit. Es sei schlicht nicht gelungen, im Agglomerationsprogramm die Stadt und die Region richtig zu positionieren.

Der Stadtpräsident hielt ausdrücklich fest, dass der Gemeinderat bewusst darauf verzichte, «sich hier und dort auf Anschuldigungen und vermeintliche Unzulänglichkeiten zu konzentrieren». Vielmehr nehme man das Ergebnis zum Anlass, sich eingehend mit der Rolle der Stadt in den Gremien der «Region Oberaargau» zu befassen. So verchiede Rufener: Die Stadt wolle sich bei der Erarbeitung des nächsten Agglomerationsprogramms vermehrt einbringen.

Daniel Steiner seinerseits hielt noch einmal fest, dass die «Region Oberaargau» bei der Erarbeitung des Agglomerationsprogramms falsche Schwerpunkte gesetzt habe und zu wenig zielgerichtet vorgegangen sei. «Auch die Art der Kommunikation über das gescheiterte Programm empfand ich als bescheidend», sagte Steiner. Er werde den Eindruck nicht los, dass man hier versucht habe, ein unangenehmes Thema unter den Tisch zu kehren. «Leidtragender der ganzen Geschichte ist zweifellos die Stadt Langenthal. Die Annahme des Agglo-Programms hätte die Stadt finanziell entlastet, jetzt müssen wir Investitionen wie jene auf dem Wuhrplatz selber berappen», so Steiner. Er hoffe deshalb fest, dass die Stadt bei der Gestaltung des nächsten Programms entsprechend Einfluss nehmen werde. (WAR)

Weitsichtig oder unverantwortlich?

Kritik an gemeinderätlicher Investitionspolitik

Den Finanz- und Investitionsplan kann der Stadtrat nur zur Kenntnis nehmen. Einfluss nehmen auf das von Gemeinderat Jürg Häusler (SVP, Ressort Finanzen) am Montag vorgestellte Instrument kann er jedoch nicht. Aussern dazu dürfen sich die Fraktionen aber sehr wohl. Und das taten sie kritisch und mit viel Skepsis gegenüber der gemeinderätlichen Investitionspolitik.

Es handle sich um eine rollende Planung, die jährlich angepasst werde, erklärte Häusler. Über 70 Millionen Franken will der Gemeinderat bis 2014 investieren. Doch: «Die zusätzlichen Investitionen sollen einen Anfang und ein Ende haben.» Durch dieses Volumen würde sich das Eigenkapital der Stadt auf etwa 60 Millionen Franken verringern. Hier setzte die Kritik von Beat Sterchi (SVP) ein, der im Namen der Finanzkommission (Fiko) sagte: «Die Fiko hat Bedenken, das Eigenkapital um 50 Millionen Franken runterzufahren. Das ist nicht nachhaltig.» Auch die ungenügende Selbstfinanzierung bei den Investitionen löse bei ihm ein schlechtes Gefühl aus, so Sterchi. «Dieser Finanz- und Investitionsplan basiert auf der Strategie des Gemeinderates und nicht auf jener der Fiko.»

Für SVP-Fraktionssprecher Willi Lanz sind die geplanten Investitionen «etwas sportlich ausgelegt». «Ist es richtig, dass die heutige Generation in fünf Jahren die Hälfte der onyx-Millionen ausgibt», fragte er. Als überdimensioniert bezeichnete Rudolf Lanz (FDP/IL-Fraktion) den Plan. Es sei unmöglich, die Projekte in dieser Zeit umzusetzen. «Die Investitionen müssen auf eine längere Frist ausgedehnt werden.» Rudolf Lanz wählte harte Worte: «Der Finanz- und Investitionsplan entspricht keiner verantwortungsbewussten Planung des Gemeinderates.» Die SP/GL-Fraktion kritisierte einzig die Steuerprognosen. Diese seien zu hoch. Positive Worte fand Daniel Steiner von der EVP/GLP-Fraktion: «Der Finanz- und Investitionsplan ist ehrgeizig, mutig und zukunftsgerichtet.» Der Gemeinderat beweise, dass er die Stadt weitsichtig vorwärtsbringen wolle. (TG)

Nachrichten

Jugendpostulat abgelehnt

Das Jugendparlament Oberaargau reichte im Juni 2008 das Jugendpostulat «50 Franken ans Abonnement» ein. Nun hat der Gemeinderat das Postulat abgelehnt. Das Jugendparlament zeigt sich enttäuscht über den Entscheid des Gemeinderates und «ist weiterhin der Überzeugung, dass diese Art der öV-Förderung auch in Langenthal ohne un-

verhältnismässigen Aufwand und zum Nutzen der Jugend hätte durchgeführt werden können.» Das Postulat hatte zum Ziel, den Jugendlichen 50 Franken ans gekaufte GA, Halbtax oder Libero-Abo (Jahres-Abo) zu zahlen. Die Idee sei durchaus auf Sympathie gestossen, so der Gemeinderat. Doch die Anbieter des öffentlichen Verkehrs offerierten schon jetzt gute Abo-Möglichkeiten, und eine «Subvention nach dem Giesskannenprinzip unterstütze der Gemeinderat nicht. (MG1)

Smaragdgebiet Beitritt zum Oberaargauer Trägerverein

Der Gemeinderat hat den Beitritt der Stadt Langenthal zum Trägerverein Smaragdgebiet Oberaargau beschlossen. Bereits im September 2008 hat sich die Stadtregierung für die Teilnahme am Projekt Smaragdgebiet ausgesprochen und die dazu notwendigen finanziellen Mittel bewilligt. Damit wurden die Kosten für die Aufwertungsphase auf dem Gemeindegebiet für die Jahre 2009 bis 2014 abgedeckt und der Start des

Projektes konnte Anfang 2009 erfolgen. Jetzt stimmte der Rat dem Beitritt und dem Versand der Informationsbroschüre «Smaragdgebiet Oberaargau – Allgemeine Informationen» an die Langenthaler Haushaltungen zu. Die Broschüre wird in den nächsten Wochen zusammen mit dem Amtsanzeiger des Amtes Aarwangen verschickt. Auf www.smaragdgebietoberaargau.ch sind sämtliche Informationen und Besonderheiten des Smaragdgebietes abrufbar. (MG1)